



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag von CDU und FDP:
Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen
bekämpfen – Wohnungsprojekte ausweiten

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen
@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 03.11.2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Der Kampf gegen Wohnungslosigkeit ist ein Musterbeispiel für die Sozialpolitik der NRW-Koalition von FDP und CDU. Wir setzen auf konkrete, praktische Unterstützung der Betroffenen. Und wir haben hier im Gegensatz zur Vorgängerregierung auch massiv Geld in die Hand genommen. So haben wir die in diesem Bereich eingesetzten Mittel seit dem Regierungswechsel 2017 in mehreren Schritten und gerade auch über Haushaltsanträge der Fraktionen um mehr als das Siebenfache von einer Million Euro auf 7,16 Millionen Euro erhöht.

Mit diesen Mitteln konnten wir die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ starten, die Unterstützung auch über die Vermittlung von Wohnraum hinaus bietet wie zum Beispiel mit Angeboten zur Suchtberatung. Das zentrale Element der Landesinitiative sind aber die so genannten „Kümmerer-Projekte“.

Diese Projekte verbinden die Fachkenntnisse und die unterschiedlichen Perspektiven aus der Sozialarbeit und von Immobilienkaufleuten bei der Betreuung von wohnungslosen Menschen. Wir haben damit in zwanzig besonders von Wohnungslosigkeit betroffenen Städten und Kreisen angefangen.

Und wir sehen inzwischen, dass sich dieser Ansatz zu einem Erfolgsmodell entwickelt hat. So konnten wir über 2.000 Menschen gezielt in Wohnraum vermitteln bzw. vor einem drohenden Wohnungsverlust zum Beispiel bei Mietschulden bewahren. Gerade auch die

Einbeziehung von Kommunen, Jobcentern, Wohnungswirtschaft und Zivilgesellschaft hat den Erfolg unterstützt.

Jetzt wollen wir die erfolgreichen „Kümmerer-Projekte“ nicht nur verstetigen, sondern auch auf alle Kreise und kreisfreien Städte in Nordrhein-Westfalen ausweiten. Wir sehen den Bedarf für ein flächendeckendes Angebot. Deshalb stellen wir heute den vorliegenden Antrag zur Abstimmung. Da würde ich mich über eine möglichst breite Unterstützung freuen, um hier ein klares Signal des Landtages zu geben.

Einige Gruppen sind in den letzten Jahren besonders vom Anstieg der Wohnungslosigkeit betroffen. Dies sind gerade Frauen, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Diese Zielgruppen wollen wir verstärkt in den Fokus nehmen. Sie benötigen eine gezielte Ansprache und spezifische Beratungsangebote.

So wurde bereits ein Teil der „Kümmerer“-Projekte auf spezifische Bedürfnisse zum Beispiel von Frauen ausgerichtet. Auf Initiative der regierungstragenden Fraktionen haben wir über die „Kümmerer“-Projekte hinaus in drei Städten Projekte für wohnungslose Jugendliche und junge Erwachsene in die Förderung aufgenommen. Jetzt gilt es, wohnungslose Menschen mit Einwanderungsgeschichte ebenfalls stärker zu berücksichtigen. So wollen wir die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ weiterentwickeln.

Ein weiterer Aspekt des Antrages betrifft die integrierte Wohnungsnotfall-Berichterstattung. Die Einbeziehung der Meldungen der freien Träger und Beratungsstellen bietet bereits ein wesentlich umfassenderes Bild als eine rein auf kommunalen Daten beruhende Statistik. Es gibt allerdings auch diejenigen Obdachlosen, die sich ganz außerhalb von Hilfsangeboten bewegen und deshalb nur schwer zu erfassen sind. Hier gilt es, neue Möglichkeiten zu prüfen, um unsere Datengrundlage weiter zu verbessern.

Wer Wohnungslosigkeit bekämpfen will, muss einerseits praktische Hilfen bieten, andererseits aber auch an die Ursachen heran. Diese liegen häufig an individuellen Problemlagen wie Verschuldung, schwierigen familiären Verhältnissen, Trennung oder Scheidung, häuslicher Gewalt oder psychischen Belastungen. Die NRW-Koalition wird beim Kampf gegen Wohnungslosigkeit nicht nachlassen und ihre Politik der letzten Jahre fortsetzen.